

Medienmitteilung

An die Zuger Medien

10. Mai 2023

Gesundheitsversorgung: Seniorenverband verlangt rasches Handeln

Der Kanton soll eine gesundheitspolitische Gesamtplanung schaffen, den Fachkräftemangel beheben und ein kantonales Palliativkonzept erarbeiten.

Am 8. Mai diskutierten Fachleute aus Politik und Gesundheitswesen im Burghausaal Zug über die Gesundheitsversorgung im Alter im Kanton Zug. Regierungsrat Martin Pfister bezeichnete die Zunahme der älteren Menschen in der Bevölkerung als eines der wichtigsten Themen der kommenden Jahre. Ältere Menschen werden gesellschaftlich eine grössere Rolle spielen und sich zugunsten der Allgemeinheit mehr einbringen; sie werden aber auch mehr Dienstleistungen benötigen. Der Kanton Zug sei zurzeit dabei, eine Altersstrategie zu erarbeiten. Pfister betonte, der Kanton Zug wolle ein fürsorglicher Kanton sein, in welchem man sich hilft und zueinander schaut.

Miriam Rittmann, Fachbereichsleiterin Alter und Gesundheit Stadt Zug, skizzierte das komplexe Zusammenspiel bei Angeboten und Finanzierung der Gesundheitsversorgung. Zur Gesundheitsversorgung gehören die Gesundheitsvorsorge, die Beratungsangebote der verschiedenen Fachstellen, die akutmedizinische Versorgung im Spital oder bei der Hausärztin, die Unterstützung im Alltag, die Spitex, die stationäre Langzeitpflege in Pflegeheimen (der Kanton Zug verfügt über 15 Pflegeheime mit knapp 1200 Pflegebetten) und schliesslich die Hospiz- und Palliativangebote. Alle diese Leistungen müssen zwischen Bund, Kanton, Gemeinden und Leistungserbringern koordiniert werden. Rittmanns Referat bietet verständliche Informationen und kann auf der Website des Kantonalen Seniorenverband Zug heruntergeladen werden: www.seniorenzug.ch

Bei der von Alt-Ständerat Joachim Eder moderierten Podiumsdiskussion, an der unter anderem Regierungsrat Martin Pfister und Christine Blättler-Müller, Präsidentin der Konferenz der Sozialvorsteherinnen und Sozialvorsteher des Kantons Zug und Chamer Gemeinderätin, teilgenommen haben, kristallisierten sich rasch die Herausforderungen der Zuger Gesundheitsversorgung heraus: Fachkräftemangel, nötige Stärkung der Pflege und der pflegenden Angehörigen, mangelnde Angebote für Pflegenotfälle, fehlende Gesamtkonzepte und Strategien, Mangel an preisgünstigem, altersgerechtem Wohnraum. Der Kanton Zug wurde aufgefordert, in die Gesundheitsversorgung zu investieren.

Das zahlreich erschienene Publikum beteiligte sich lebhaft an der Diskussion und zeigte klar, dass das Thema Gesundheitsversorgung im Alter viele Menschen beschäftigt und bewegt.

Forderungen des KSVZ

Der Kantonale Seniorenverband KSVZ hat als Organisator der Veranstaltung Forderungen aufgestellt, so unter anderem:

Gesundheitspolitische Gesamtplanung

Angesichts der raschen demographischen Entwicklung, des Fachkräftemangels und der rasant steigenden Gesundheitskosten sieht der Kantonale Seniorenverband Zug dringenden

Handlungsbedarf auf verschiedenen Ebenen. So soll der Kanton eine gesundheitspolitische Gesamtplanung schaffen, dabei auch verbindliche Ziele für die Gesundheitsversorgung von Menschen mit speziellen Bedürfnissen formulieren und überprüfbare Massnahmen in die Wege leiten. Dies bedingt eine enge Zusammenarbeit aller involvierten Fachpersonen und die Partizipation der älteren Menschen sowie derer Angehörigen.

Fachkräftemangel beheben

Nach der Annahme der Pflegeinitiative bezahlt der Bund ab 2024 den Kantonen 50 % an die Kosten für die Ausbildung von Pflegefachkräften. Damit der Kanton diese Gelder beziehen kann, muss er entsprechende gesetzliche Grundlagen schaffen. Die Mittel vom Bund fliessen während höchstens acht Jahren. Mit jedem Jahr, in dem der Kanton Zug zuwartet, verliert er die Bundesgelder. Auch hier hat der Kanton dringenden Handlungsbedarf, betont der KSVZ.

Finanzierung Betreuung, betreutes Wohnen

Während medizinische und therapeutische Leistungen über die Krankenkasse abgedeckt sind, fehlt ein Finanzierungssystem für psychosoziale Betreuung. Diese ist aber sowohl als Begleitmassnahme, wie auch präventiv von grosser Bedeutung für die ältere Bevölkerung, um möglichst lange selbstbestimmt und eigenständig wohnen und leben zu können. Mit Betreuungsleistungen können die psychische Gesundheit und Selbstsorge, die soziale Teilhabe, die Mobilität und die Teilnahme am sozialen Leben und die Prävention von Einsamkeit verbessert werden. Ältere Menschen, die wenig Geld zur Verfügung haben, können sich Betreuungsleistungen oft nicht leisten. Doch es ist gerade diese Gruppe, die besonders gefährdet ist für gesundheitliche Beeinträchtigungen und die von der finanziellen Unterstützung für Betreuungsleistungen profitieren könnte. Auch betreutes Wohnen, welches künftig einen hohen Stellenwert haben wird, wird im Kanton Zug noch nicht angeboten. Einer der grössten Stolpersteine ist die nicht geregelte Finanzierung von Betreuungsleistungen. Der KSVZ begrüsst, dass die Sozialvorstehenden der Zuger Gemeinden das Thema aufgenommen haben, und fordert die politisch Verantwortlichen auf, dieses rasch anzugehen und die Finanzierungslücken zu beheben.

Kantonales Palliativkonzept

Bevor sie sterben, benötigen chronisch kranke Menschen oft eine palliative Behandlung. Im Kanton Zug existiert kein kantonales Palliativkonzept, das einen einheitlichen Standard in der Begleitung, Pflege und medizinischen Behandlung vorgibt. Jede Spitex, jedes Pflegeheim, jedes Spital entscheidet, wie und ob eine spezialisierte Palliativpflege und -behandlung angewendet wird. Der KSVZ fordert, dass alle Institutionen, die mit Palliativsituationen zu tun haben, nach einheitlichen Kriterien zertifiziert werden müssen.

Finanzierung Integrierte Gesundheitsversorgung

Um die Herausforderungen im Gesundheitswesen mit Fokus auf das Alter zu meistern, braucht es neben einem Masterplan die notwendigen finanziellen Mittel. Der Kanton Zug hat in den letzten Jahren rekordhohe Überschüsse verzeichnet: 330 Millionen allein 2022.

Aus der Sicht des KSVZ muss die langfristige Finanzierung der Gesundheitsversorgung und der Betreuung der älteren Bevölkerung geplant werden. Die Kosten für eine solche Integrierte Gesundheitsversorgung werden beträchtlich sein. Diese Aufgabe kann nicht den Gemeinden überlassen werden.

Der Kantonale Seniorenverband KSVZ fasste seine Forderungen in einem Positionspapier zusammen. Das Dokument finden Sie unter www.seniorenzug.ch

Autorin: Jirina Copine

Für Fragen wenden Sie sich bitte an

- Mirjam Gieger, Vorstandsmitglied, 041 758 27 05, mirjam.gieger@seniorenzug.ch
- Jirina Copine, Öffentlichkeitsarbeit, 079 600 28 64, jirina.copine@seniorenzug.ch



Bei der Podiumsdiskussion unterhielt sich Alt-Ständerat Joachim Eder mit Mirjam Gieger, Vorstandmitglied KSVZ, Miriam Rittmann, Fachbereichsleiterin Alter und Gesundheit Stadt Zug und Präsidentin SBK Sektion Zentralschweiz, Carina Brüngger, Geschäftsführerin Spitex Kanton Zug, Christine Blättler-Müller, Präsidentin der Konferenz der Sozialvorsteherinnen und Sozialvorsteher des Kantons Zug und Chamer Gemeinderätin, Diana Brand, Präsidentin Curaviva Zug und Geschäftsführerin Alterszentrum Büel Cham, und Regierungsrat Martin Pfister (von links nach rechts).